

Religion

Judentum, Christentum und Islam sind wie alle Religionen ambivalent in ihrem geschichtlichen Erscheinungsbild. Frieden ist ihr Auftrag und ihre Verheißung. Und dennoch ist ihre Geschichte nicht nur eine Bahn des Friedens. Immer wieder neigen

sie dazu, die Wirklichkeit auf ein **Gut-Böse-Bild** zu reduzieren und das angeblich Böse mit Gewalt zu bekämpfen. Damit verraten sie ihren **Auftrag zum Frieden**, verzerren die Religion zu einer politischen Ideologie und missbrauchen sie.

Politischer Missbrauch von Religion

Terror

„Islamismus“ ist der gängige Ausdruck für die islamische Variante des Fundamentalismus, die zur Auseinandersetzung mit dem „Westen“ angetreten ist und bis zum religiös begründeten **Terror** reicht. Die Ursachen des „Islamismus“ vor allem in der arabischen Welt sind vielfältig und beinhalten politische, wirtschaftlich-so-

ziale, kulturelle und psychologische Elemente, die sich zum Hass und Kampf gegen die demütigende Übermacht des Westens bündeln. Mit dem islamischen Glauben, aus dem muslimische Menschen in aller Welt Weisung und Kraft schöpfen, hat das nichts zu tun.

Kampf gegen den Terror

Im „Kampf gegen den Terror“ wird **menschenrechtswidrige Gewalt** angewandt. Im Programm der gegenwärtigen US-Regierung und der sie stützenden religiös-konservativen Kräfte in den USA sind Züge des **Fundamentalismus** in seiner christlichen Variante erkennbar.

Legitimation für Gewalt

„Religion“, die das angeblich Böse mit Gewalt bekämpft oder dies legitimiert, ist mit dem Frieden nicht vereinbar – ob im christlichen, islamischen oder einem anderen religiösen Bereich.

Wollen wir das?

Was ist:

„Spiel“ mit dem Krieg

Militärische Stärke und der Einsatz militärischer Mittel gehören heute wieder zum politischen Kalkül und Instrumentarium. Immer mehr Geld wird für immer effektivere und böserartige Waffen ausgegeben.

Rüstungsindustrie und -export haben Hochkonjunktur. Auch Deutschland lässt sich mehr und mehr auf kriegerische Aktionen ein. Die schmerzlichen Erfahrungen unserer Geschichte scheinen vergessen.

Interessen sichern

Sicherheitspolitik nach innen und außen hat heute einen hohen Stellenwert. Wenn „Sicherheit“ gesagt wird, geht es aber häufig um die Sicherung unserer Interessen und den Schutz

vor Gefahren, die wir selbst durch Machtpolitik und rücksichtslose Durchsetzung von Privilegien auf Kosten der armen Länder geschaffen haben.

Militärmacht Europa

Auch in Europa findet eine Militarisierung der Politik statt. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU führt zu einer kräftigen Aufrüstung. So wurden europäische Kampfverbände aufgestellt. Die Bandbreite möglicher Aktionen außerhalb des Gebietes der EU, bei

deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, ist sehr weit gefasst. Zivile Ressourcen werden kaum geschaffen, doch das militärische Potenzial, koordiniert durch eine „europäische Verteidigungsagentur“, wird massiv ausgebaut.

Was sein kann:

Vorrang für Gewaltfreiheit

Wir verfügen mittlerweile über viele historische Erfahrungen, wie mit friedlichen Mitteln Gewalt überwunden werden kann. Diese bestärken uns in der Gewissheit, dass Gewalt nicht mit Gegengewalt überwunden wird, und sie mahnen uns, dass wir konsequent und ausschließlich friedliche Mittel einsetzen müssen, um einen nachhal-

tigen Frieden vorzubereiten und einzuüben. Die Politik verfügt über ein breites Spektrum nicht-militärischer Instrumente, die sie zum Eingreifen in gefährdeten Regionen einsetzen kann. Hinzu kommen professionelle Fachkräfte und Friedensdienste, vor allem Nichtregierungsorganisationen.

Offenheit ermöglichen

Es gibt ein Verständnis von Sicherheit, das die Ursachen, die die Sicherheit menschlicher Existenz bedrohen, beseitigen will. Menschliche Sicherheit wächst aus **Armutsbekämpfung** und **sozialer Entwicklung, Schutz der natürlichen Umwelt** und der

Achtung der Menschenrechte aller. Die Vereinten Nationen haben ein solches umfassendes Verständnis von Sicherheit entwickelt – **gemeinsame, allseitige Sicherheit** statt eines nie endenden Verteilungskampfes. Wollen wir Sicherheit und Frieden, ist dies der Weg.

EU als Friedensförderer

Die europäische Einigung begann nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges: Frieden durch gegenseitige Verflechtung, durch Verpflichtung und Solidarität statt der vorherigen machtpolitischen Kon-

kurrenz und militärischen Konfrontation. Europa hat eine Mission für den Frieden, die sich eindeutig in der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ der Europäischen Union niederschlagen muss.



Religion

Frieden in Gerechtigkeit

Es gilt, den authentischen Ansatz der jüdischen, christlichen und islamischen Religionen zum Zuge zu bringen, die Kräfte des Friedens zu mobilisieren und die Spiritualität eines „**Friedens in Gerechtigkeit**“ zu entfalten. Sie muss bei den Opfern ansetzen, in deren Perspektive Ungerechtigkeit, Angst, Verletzung und Zerstörung von Leben sichtbar werden, und den Frieden in die Gewaltverhältnisse selbst hineintragen.

Kritik an militä- rischer Gewalt

Es ist ein klarer Auftrag für Christinnen und Christen, sich den kriegstreiberischen Kräften entgegenzustellen. Dazu gehört die kritische, aktive und öffentliche Auseinandersetzung mit einer Politik, die auf militärische Stärke setzt, aber auch das Engagement für Abrüstung und gegen Rüstungsexporte.

Gewaltfreie Friedensarbeit

Es ist eine zentrale Herausforderung für jede Religion, zu **konkreter Friedensarbeit** zu ermutigen. Dies beginnt in unserer Gesellschaft: Solidarität zwischen den Geschlechtern und Generationen, Gewaltfreiheit und gegenseitige Achtung im Umgang zwischen MigrantInnen und der einheimischen Bevölkerung sind wesentliche Elemente einer Kultur des Friedens.

Kirchen, Christinnen und Christen sind aufgefordert, die bewährten Methoden und Programme einer gewaltfreien „**zivilen Konfliktbearbeitung**“ zu unterstützen.



Foto: epd-bild | Friedrich Stark

Ökumenischer Pilgerweg während des 96. Deutschen Katholikentags in Saarbrücken.

Der Frieden braucht uns!

Ökumenische Friedensarbeit

Frieden ist Verheißung und Auftrag der biblischen Botschaft. Im „**Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung**“ hat sich die ökumenische Christenheit diesen Auftrag zueigen gemacht und ihn inzwischen in der „**Dekade zur Überwindung von Gewalt**“ zugespitzt. In der **Charta Oecumenica** verpflichten sich die christlichen Kirchen, für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Sie ist Leitfaden für alle Stationen der **3. Europäischen Ökumenischen Versammlung** 2007 in Sibiu.

Frieden kann nur gemeinsam erreicht und bewahrt werden. Deshalb sind der Ausbau und die Stärkung der Völkergemeinschaft und einer internationalen Rechtsordnung von grundlegender Bedeutung. Dies ist nicht nur eine Sache für Regierungen. **Jeder und jede kann einen Beitrag dazu leisten**, damit Gewalt überwunden, Menschenrechte geachtet und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden.

Mit dem **Material der Aktion „Der Frieden braucht uns“**, auf das diese Ausstellung aufbaut, will die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) anregen zur Diskussion über aktuelle Zustände, Herausforderungen und Alternativen.

„**Was ist**“ wird dem, „**was sein kann**“ gegenübergestellt. Wir wollen die gängige, von Politik und Medien verbreitete Meinung in Frage stellen, nach der es keine Alternativen zum globalen Markt und zu einer Politik militärischer Stärke gibt. **Es gibt andere Wege, es gibt Alternativen!**

Gewaltlosigkeit gegenüber Gewalt, Solidarität gegenüber sozialer Unsicherheit, Stärkung der internationalen Rechtsordnung gegenüber einer Politik der zunehmenden Militarisierung – dafür müssen wir uns einsetzen auf dem Weg zu einem „**Frieden in Gerechtigkeit**“.



Die „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)“ ist ein Zusammenschluss von 34 Organisationen und Institutionen, die alle mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Arbeitsprogrammen im In- und Ausland Friedensarbeit leisten.

Aktiv werden mit den Mitgliedsorganisationen der AGDF

- kurz- und langfristige Freiwilligendienste
- Friedensfachdienste
- lokale Initiativen für Friedensarbeit
- Qualifizierung in Konfliktbearbeitung

Die Ausstellung ist ein Beitrag auf dem Weg der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung gefördert von der Projektstelle im Kirchenamt der EKD.



Mehr Informationen finden Sie unter www.friedensdienst.de oder über unsere Geschäftsstelle:

AGDF e.V.
Blücherstraße14 | 53115 Bonn
Tel. 0228 - 24 999 -0 | Fax -20
agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

